

Postulat eingereicht

14. Januar 2012  
Gemeinsamer Versand von Wahlprospekten

**Postulat betreffend Erarbeitung eines Konzepts für den gemeinsamen Versand von Wahlprospekten bei den Gemeinde- und Einwohnerratswahlen. Der Gemeinderat soll für die Gemeinde- und Einwohnerratswahlen vom 7. Mai 2012 einen gemeinsamen Wahlversand von Wahlprospekten der beteiligten Parteien durchführen und ihnen ein Angebot unterbreiten.**

Beim Vollzug können die Parteien einbezogen werden. Zum Beispiel beteiligen sich alle Parteien am Einpack-Aufwand und die Gemeinde stellt die Adressen, die Kuverts und einen Raum zum Abpacken zur Verfügung.

Der Aufwand für den gemeinsamen Versand der Wahlprospekte könnte auch für die Gemeinde ganz oder teilweise kostenneutral sein, indem die Parteien die Unkosten nach einem vereinbarten, fairen Modell aufteilen.

## **Begründung**

Der gemeinsame Versand von Wahlwerbung macht sowohl ökologisch wie auch ökonomisch Sinn: Bei dem Versand eines einzelnen Kuverts an die Wähler anstelle mehrerer Kuverts, die die Parteien einzeln anwerben, können so Versandkosten wie Papier gespart werden, was der Umwelt zugutekommt. Zusätzlich gibt es auch einen wichtigen politischen Aspekt: Wer auswählen kann, kann auch wirklich wählen.

Unsere Demokratie besteht und lebt von einem vielfältigen, ausgewogenen Angebot von unterschiedlichen Parteien. Mit einem gemeinsamen Versand würden den Emmer Stimmberechtigten die Informationen aller kandidierenden Parteien zur Verfügung stehen.

Somit hätten die Wählenden eine umfassende Information zur Auswahl der Parteien und Kandidaten. Ausserdem darf die Beteiligung am politischen Geschehen für eine Partei nicht von den Finanzierungsmöglichkeiten abhängen.

Die politischen Parteien leisten einen wesentlichen Beitrag zum Funktionieren der Gemeinde. Der Aufwand für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit nimmt stetig zu, gleichzeitig steht den meisten Parteien nicht mehr genug Geld zur Verfügung, um die entsprechenden Mehraufwendungen zu decken.

Vorschlag: Die Kosten des Versands sollen nach einem gerechten, fairen Modell – zum Beispiel nach dem erreichten Wähleranteil bei den vorherigen Wahlen auf der entsprechenden Stufe – auf alle Beteiligten aufgeteilt werden.

Für jede Partei würde der finanzielle Aufwand somit massiv verringert werden.

